

«Wir müssen mit Unsicherheit eine Weile leben»

Yves Rossier über die Phase der Empörung, die schwierige Suche nach Lösungen und die Zukunft der Bilateralen

Von Thomas Wehrli und Dominik Feusi

Pech gehabt. Das Interview findet nach 18.30 Uhr statt – und da pflegt Yves Rossier, die Nummer zwei im Aussen-departement, in seinem Büro zu rauchen. Drei Zigaretten werden es bis zum Ende des Gesprächs, das liegt qualmässig auch für zwei Nichtraucher noch im Rahmen. Glück gehabt. Das Interview findet statt. Beim ersten Anlauf einige Tage zuvor schoss der 53-jährige Freiburger aus seinem Büro, blickte eher mürrisch auf die wartenden Journalisten und meinte mit einem welschen Akzent, dem man vieles verzeiht: «Was wollen Sie hier? Ich gebe sicher kein Interview.» Es war ein Missverständnis.

Vorbei und vergessen. An diesem Abend ist Rossier bester Laune. Der Staatssekretär, der es nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative mit der EU richten soll und derzeit wohl einen der heissesten Jobs hat, sitzt entspannt am Sitzungstisch, die Brille in die Haare geschoben. «Lassen Sie sich Zeit», meint er einmal, als einer der Journalisten fieberhaft nach der Frage sucht, die eben noch durch seine Gehirnwindungen fegte. «Ich habe heute nichts mehr vor.»

BaZ: Herr Rossier, Sie sprachen bei der Vereinigung Basler Ökonomen über die «Europapolitik 2014 – Ein Jahr der grossen Entscheidungen?». Mussten Sie Ihr Skript nach dem 9. Februar umschreiben?

Yves Rossier: Ich schreibe nie ein Skript. Aber ja, ich musste die Rede umdenken. Das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative hat viele Parameter geändert. Nicht die Grundparameter, die sind gleich geblieben, aber die operationellen.

Aus Schweizer Sicht ist es ein Jahr der grossen Entscheidungen in der Europapolitik. Richtig?

Natürlich, weitere werden folgen. Wir sind in einen Prozess eingetreten, der zwei, vielleicht drei Jahre dauern wird. In diesem Prozess werden sehr viele Entscheidungen fallen.

Seit dem Abstimmungssonntag gehen die Wogen im In- und Ausland hoch. Die einen bejubeln, die anderen verdammten die Schweiz. Am Mittwoch meinte der grüne EU-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit, die «Schweizer werden auf Knien wieder zu uns kommen». Ist dem so?

Nein. Nach solchen Entscheidungen gibt es immer eine Phase, in der die Gemüter hochgehen. Das ist in der Schweiz so, das ist im Ausland nicht anders. Diese Phase muss man über sich ergehen lassen. Sie ist für die Zukunft nicht relevant. Wichtig ist, was danach kommt.

Was kommt danach?

Die Arbeit. Die hat eigentlich schon längst begonnen, sie wird derzeit einfach von den Empörten übertönt. Doch das wird sich schnell legen, denn die Gemüter können nicht permanent in Wallung bleiben. Die Halbwertszeit der Empörung ist in der Regel kurz.

Weshalb gehen die Wogen derart hoch?

Zum einen ist das Resultat ein Zeichen, das viele Leute überrascht hat. Zum anderen kommt der Entscheid in einem Moment, in dem die Migrationsfrage auch in anderen Ländern heiss diskutiert wird. Das vergrössert die Tragweite und erschwert das Finden einer Lösung zusätzlich. Migration ist ein Thema, das immer und überall Emotionen auslöst. Im Abstimmungskampf habe ich Plakate und Inserate gesehen, die nun wirklich nichts mit dem Thema zu tun hatten.

Welche?

Zum Beispiel das Inserat, das vor immer mehr Muslimen warnte. Was sollte das? In der Abstimmung ging es um die Freizügigkeit mit unseren Nachbarländern. Ich weiss nicht, von welchen Muslimen da die Rede war. Aber eben: Die emotionalen Wogen gehören einfach dazu. Das ist nicht sehr angenehm und auch nicht sonderlich hilfreich. Doch nach kurzer Zeit, so zeigt die Erfahrung, glätten sie sich und man setzt sich auf beiden Seiten wieder an die Arbeit.

Das kann noch dauern, denn Ende Mai wird das Europaparlament gewählt. Die Politiker in den 28 Mitgliedsstaaten müssen jetzt zeigen, wie hart sie mit der Schweiz sind.

Da überschätzen Sie die Schweiz. Die Schweiz ist nicht das erste Thema in der EU. Zudem geht es den Ländern um andere Aspekte, sie lesen das Thema durch ihre nationale Brille. Nehmen Sie Spanien. Das Land hat sehr hart und äusserst negativ auf Aussagen reagiert, dass man schon eine Lösung finden werde. Warum? Nicht wegen der Schweiz, sondern weil es in Spanien separatistische Tendenzen gibt. Wenn man jetzt sagt oder auch nur den Eindruck zulässt, man finde mit den Schweizern schon eine Lösung, dann munitioniert man die Separatisten auf. Deshalb zeigt Spanien die Zähne – und nicht wegen der Schweiz.

«Paketlösung ist eine Option. Aber man kann die Rechnung nicht ohne den Wirt machen.»

Ist es unter dieser Prämisse überhaupt möglich, eine Lösung zu finden?

Es ist viel zu früh, um darauf eine Antwort zu geben.

Aber in der Theorie...

...die theoretische Lösung interessiert mich nicht. Ich möchte eine Lösung, die wirksam ist und die umgesetzt werden kann. Und da ist es viel zu früh, um etwas zu sagen.

Sie sagen, jedes Land schaut vor allem auf sich selber. Dann müssen wir also 28 Brillen gerecht werden, wenn es eine Lösung geben soll?

Niemand sagt, es wird einfach werden. Der Prozess wird lange dauern. Das Einzige, was ich sicher weiss, ist, dass wir eine längere Phase der Unsicherheit durchleben werden. Sie wird

so lange dauern, bis wir wissen, was wir wirklich wollen, was aus der Personenfreizügigkeit und aus den anderen Abkommen werden soll. Darauf jetzt eine Antwort zu geben, ist schlicht zu früh.



«Sie überschätzen die Schweiz. Sie ist nicht das erste Thema in der Europäischen Union.»

Viele suchen derzeit nach Trümpfen, welche die Schweiz gegenüber der EU spielen kann. Für die einen ist es die Transitachse, für andere der Strom. Wie sind wir aufgestellt? Haben wir Trümpfe, die stechen?

Die erste Frage ist nicht, ob wir Trümpfe haben. Die erste Frage ist, welches Spiel wir spielen wollen. Geht es darum, die bilateralen Abkommen zu behalten, oder geht es darum, sich vom bilateralen Weg zu verabschieden, wie es manche wollen? Das sind zwei ganz unterschiedliche Spiele. Und das hat Auswirkungen auf mögliche Trümpfe. Eine Karte, die beim Jassen Trumpf ist, sticht beim Poker nicht unbedingt. **Und welches Spiel spielen wir?**

Das müssen wir in den nächsten Wochen klären. Die Frage, die wir nun beantworten müssen: Ist die Umsetzung dieser Initiative mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen vereinbar, ja oder nein. Auf den ersten Blick scheint es schwierig, dass dies geht. Aber wirklich kann man es erst sagen, wenn man die Auslegung gemacht hat. Wir müssen uns auch fragen: Wohin wollen wir? Wollen wir alle Abkommen behalten und bei der Personenfreizügigkeit ein Kontingentsystem einführen, wie auch immer dieses aussehen mag? Dann müssen wir 28 Staaten überzeugen, dass sie uns dies gewähren.

Was wollen wir? Wissen wir das schon? Das ist auch ein Prozess. Wir stehen hier. (Nimmt einen Block und zeichnet eine Matrix.) Ist die Initiative mit der Personenfreizügigkeit vereinbar oder nicht? Wenn ja, dann ist das Problem gelöst. Wir können uns zurücklehnen. Wenn nein, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Erstens: Das Ab-

kommen wird angepasst; wir finden eine Minimallösung und alle sind zufrieden, als wäre nichts passiert. Bon. Zweitens: Das Abkommen wird nicht verhandelt. Die nächste Frage lautet dann: Gibt es gar keine Regelung mehr oder ein Minimalnetz als Auf-fangbecken, um Schaden zu vermindern? Und: Was wird aus den anderen Abkommen? (Umkreis mit dem Stift die Startposition.) Wir sind hier, ganz am Anfang.

Gleichzeitig hört man aus Brüssel viele Stimmen, die sagen: Der Entscheidungsprozess ist obsolet, eine Lösung ist undenkbar, alle Verträge werden fallen.

(Lacht.) Es gibt so viele Stimmen, in der Schweiz, in Brüssel. Ich kann sie nicht einmal alle wahrnehmen.

Und bei den entscheidenden Leuten in Brüssel...

...alle wollen jetzt die entscheidenden Leute kennen. Sind sie es wirklich? Wir werden sehen. Es gibt einen Rahmen, in dem die Gespräche ablaufen werden. Was für mich zählt, sind die Meinungen, die in diesem Rahmen gemacht werden, und nicht die vielen, vielen Stimmen draussen.

Gehen wir nochmals zurück auf Ihre Matrix. Wir stehen am Anfang und blicken nach vorne. Sind die Bilateralen aus dieser Optik in Gefahr?

Heute weiss ich es noch nicht. Aber ganz klar: Die Möglichkeit besteht, dass alle Abkommen dahinfliegen. Jeder, der heute behauptet: Egal, was geschieht, die Abkommen bleiben in Kraft, uns passiert schon nichts, handelt unseriös. Es gibt eine solche Sicherheit derzeit nicht.

Das gilt aber auch umgekehrt.

Natürlich. Die Aussage, die Bilateralen fallen sowieso, ist ebenso offen.

Sie sagten im Januar im «Blick», Sie hätten keine Ahnung, was bei einem Ja zur Initiative passiert. Ist die Ahnung nun da?

Wie gesagt: Wir stehen am Anfang und, doch, eine kleine Ahnung ist da. Allerdings ist heute noch völlig offen, was mit den alten wie mit den neuen Abkommen passiert.

Dann geht es auch bei den Abkommen, über die wir aktuell verhandeln, nicht weiter?

Jein, je nach Abkommen. Beim Strom etwa sind die Verhandlungen schon weit fortgeschritten. Dort wird es wohl weitergehen.

Und beim institutionellen Abkommen?

Das institutionelle Abkommen ist die Bedingung, dass die EU überhaupt neue Verträge mit uns schliesst. Ob und wie es hier weitergeht, ist offen. Wir warten auf das Mandat der EU. Bis dahin liegen die Gespräche auf Eis.

Eine derzeit oft gehörte Empfehlung lautet: Wir müssen die Verhandlungen über die Personenfreizügigkeit mit anderen Dossiers, etwa dem Stromabkommen, verknüpfen. D'accord?

Welche Empfehlung! In der Realität ist ohnehin alles mit allem verknüpft. Das Freizügigkeitsabkommen ist direkt und indirekt, zum Beispiel politisch, mit sehr vielen Abkommen verknüpft. Das haben wir ja jetzt gerade erlebt, als wir vom Studentenaus-

tauschprogramm Erasmus ausgeschlossen wurden und die Verhandlungen über die Weiterführung des Forschungsabkommens «Horizon 2020» auf Eis gelegt wurden.

Dem ehemaligen Staatssekretär Michael Ambühl schwebt eine Paketlösung wie bei den Bilateralen I vor. Schweben Sie mit?

Natürlich habe ich diese Möglichkeiten für mich auch schon durchgespielt. Es ist eine Option. Aber man kann die Rechnung nicht ohne den Wirt machen, die EU muss da mitspielen wollen. Und das wissen wir derzeit noch nicht. Jetzt sind wir am Anfang. Die EU möchte von uns wissen – und das ist derzeit die einzige Frage, auf die ich eine Antwort haben will –, ob wir uns an das Freizügigkeitsabkommen halten oder nicht. Wir haben gesagt, wir brauchen etwas Zeit, um zu sehen, ob das überhaupt möglich ist. Wenn wir die Antwort auf diese Frage haben, gehen wir weiter.

Sie sagen: Die EU möchte wissen, ob wir uns an das Personenfreizügigkeitsabkommen halten. Die Frage ist: Was heisst «daran halten»? Wenn dies mit einer Sonderregelung möglich ist, dann wollen wir uns gerne daran halten.

Das ist nicht die Frage. Es geht derzeit nicht darum zu klären, ob wir es wollen, sondern ob wir es können. Das heisst: Ob es uns überhaupt gelingt, die Initiative freizügigkeitskonform umzusetzen. Wenn es nicht möglich ist, gibt es nur zwei Varianten: kein Abkommen oder ein neues Abkommen.

Wie stark schätzen Sie die Verhandlungsposition der Schweiz ein?

Das kann ich erst dann abschätzen, wenn klar ist, was wir wollen. Nur wer genau weiss, was er will, kann Stärken und Schwächen einschätzen. Das Schlimmste wäre, mit einer schwammigen Position in Verhandlungen zu steigen. Dann wird es extrem schwierig.

Die Welt bleibt nicht stehen, bis klar ist, was wir wollen. Was ist bis dahin Ihre Aufgabe? Das Abstimmungsergebnis zu erklären?

Nein, das Erklären ist gemacht. Das ist uns gut gelungen. Für uns ist jetzt wichtig, dass parallel zu den Überlegungen, wie die Initiative umgesetzt werden kann, die laufenden Arbeiten wieder aufgenommen werden. Das hat zeitlich oberste Priorität. Denn jetzt läuft in fast allen Dossiers nichts mehr und das ist sehr unangenehm.

Wie lange dauert diese Phase der Stagnation? Bis Mitte Jahr, wenn der Bundesrat das Umsetzungskonzept für die Initiative vorlegt?

Wir werden sehen. Das erste Ziel muss sein, dass wir die Arbeiten an den anderen Dossiers fortsetzen können.

Ein zeitlicher Störfaktor sind auch die Wahlen in der EU. Das EU-Parlament wird Ende Mai gewählt, die neuen EU-Kommissionen werden die Arbeit erst im Herbst aufnehmen. Was heisst das?

Dass der Prozess noch zeitraubender sein wird, als er ohnehin ist. Je näher wir an die Europawahlen



Lange Tage. Seit der Abstimmung am 9. Februar haben Rossier und Burkhalter viel Erklärungsbedarf.



Kontrahenten, die sich mögen. Der «Rossier der EU» ist David O'Sullivan – auch ein harter Brocken.